NSU

Falsche DNA am Wattestäbchen

Bei der Aufklärung der Taten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) setzte die Polizei womöglich erneut verunreinigte Wattestäbchen ein. Die Fahnder fanden in dem ausgebrannten Wohnmobil in Eisenach, in dem Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos am 4. November 2011 durch Kopfschüsse starben, ein Paar graue Socken. Daran stellten sie ein „Mischspurenprofil“ sicher, das von „mindestens zwei Personen“ stammte, heißt es in einem Gutachten des Bundeskriminalamts. Die Spuren gehen auf Beate Zschäpe zurück und auf einen unbekannten Mann, „P46“. Ein Abgleich mit der DNA-Analyse-Datei führte die Beamten zu Kriminalfällen, die für den NSU untypisch gewesen wären, darunter ein Autodiebstahl in Berlin. Das BKA nimmt das als ein weiteres Indiz dafür, dass die DNA von „P46“ möglicherweise bei der Herstellung oder Verwendung an die Wattestäbchen kam. Der Verdacht ist nicht neu. Nach dem Mord des NSU an der Polizistin Michèle Kiesewetter fand die Polizei am Tatort die DNA einer Unbekannten. Sie jagte das „Phantom“ zwei Jahre – bis sich herausstellte, dass die Frau beim Hersteller der Polizei-Wattestäbchen arbeitete.

HORST OSSINGER / DPA

Von der Leyen mit Kindern eines Düsseldorfer Football-Vereins

SOZIALES

Haushaltskasse statt Schulausflug

Vergangenes Jahr bekamen die Städte und Gemeinden mehr als eine Milliarde Euro, mit der sie eigentlich arme Kinder unterstützen sollten – nun könnte ein Teil der Summe in die regulären kommunalen Haushalte fließen. Damit würden dann allgemeine Projekte finanziert, etwa der Bau von Straßen. Das Geld des Bundes gehörte zum Bildungs- und Teilhabepaket, mit dem die Kommunen Schulausflüge, Vereinsmitgliedschaften oder Nachhilfestunden für jene Kinder fördern sollten, die aus Familien stammen, die Hartz IV oder ein nur geringes Einkommen beziehen. Weil aber längst nicht alle Eltern der insgesamt etwa 2,5 Millionen anspruchsberechtigten Kinder Leistungen beantragten, blieb in vielen Kommunen ein Großteil übrig: in Berlin sind das 50 Millionen Euro, mehr als 70 Prozent des ursprünglich bewilligten Geldes. Der Bund will die Millionen zurück, doch einige Länder wie Sachsen-Anhalt sperren sich. „Wir wollen, dass das Geld in den Kommunen bleibt“, teilt das SPD-geführte Sozialministerium mit. Das Bundessozialministerium unter Ursula von der Leyen (CDU) pocht auf präzise Abrechnung. Die Länder sollen bis zum 31. März ermitteln, wie viel sie ausgegeben haben.

MICHAEL DALDER / REUTERS

Besucher eines Oktoberfest-Bierzelts

VOLKSFESTE

O’zapft is …

… heißt es alljährlich auf dem Oktoberfest in München, wenn das erste Fass Bier der gut zweiwöchigen Megaparty angestochen wird. Aus allen Teilen der Welt strömen dann Gäste auf die „Wiesn“, trinken „a Maß“ oder essen „Brathendl“. Das sind Beschäftigungen, bei denen Bierfreunde gern sitzen, besonders dann, wenn aus einer Maß mehrere werden. Doch auf dem Oktoberfest sind Sitzplätze Mangelware: Die meisten in der Regel mit zehn Personen besetzten Tische in den Bierzelten sind lange im Voraus reserviert, bisher waren es bis zu 84 Prozent. Nun hat die Stadt München beschlossen, mehr Sitzplätze für Spontanbesucher zu schaffen: In Zukunft sollen nur noch maximal 75 Prozent der Tische vorbuchbar sein.

Die Wiesn-Wirte reagieren grantig, weil die Gäste für Hendl und Maß im Voraus zahlen müssen, ein reservierter Tisch bringt im Schnitt gut 300 Euro. Die Schattenwirtschaft ist da noch nicht mitgezählt, denn Ticketagenturen sichern sich auf verschlungenen Wegen Platzkontingente und versteigern sie auf dem Schwarzbierzeltmarkt – derzeit für 3200 Euro pro Tisch. Bis September steigen die Preise dann um das Zehnfache. Diese Sitzplatzhehlerei kann die Stadt natürlich nicht gutheißen. Nun wird erwogen, Kontrolleure durch die Zelte zu schicken. Ob sich die Besucher nach der zweiten Maß noch daran erinnern, wie sie an ihren Platz gekommen sind? Oans, zwoa, g’suffa!